

SPD-Fraktion

Jürgen Niemeyer, Fraktionsvorsitzender



14.12.2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schulze Hessing,
sehr geehrter Herr Niessing,
sehr geehrter Herr Kuhlmann,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,
sehr geehrte Borkener Bürgerinnen und Bürger,

ich möchte meine Haushaltsrede mit einem Auszug aus der Ansprache des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier vom 28. Oktober - gehalten im Schloss Bellevue - beginnen:

Der 24. Februar war ein Epochenbruch. Er hat auch uns in Deutschland in eine andere Zeit, in eine überwunden geglaubte Unsicherheit gestürzt: eine Zeit, gezeichnet von Krieg, Gewalt und Flucht, von Sorge vor der Ausbreitung des Krieges zum Flächenbrand in Europa. Eine Zeit schwerer wirtschaftlicher Verwerfungen, Energiekrise und explodierender Preise.

Es fällt mir schwer in Gedenken an die Opfer des immer noch andauernden Krieges in der Ukraine - ausgelöst durch den Aggressor Putin - sich mit profanen Dingen wie dem Haushalt der Stadt Borken zu beschäftigen. Der russische Angriffskrieg und dessen wirtschaftliche Folgen für unsere Gemeinde werden im nackten Zahlenwerk der Haushaltsaufstellungen 2023 zusammen mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf weit über 6 Mio. Euro beziffert. Für die Folgejahre werden bereits jetzt weitere Belastungen prognostiziert. Was sind aber Zahlen in den Plänen, wenn wir das Leid der ukrainischen Bevölkerung sehen! Mehr als 500 Flüchtlinge aus der Ukraine haben in Borken Schutz und Unterkunft gesucht und gefunden. Ihnen wird eine soziale und sprachliche Betreuung angeboten und im Gegensatz zu anderen Kommunen ist unsere Stadt immer noch in der Lage, eine dezentrale Unterbringung aller Flüchtlinge verschiedener Nationalitäten sicherzustellen. Massenunterkünfte in Turnhallen, wie wir sie aus anderen Kommunen kennen, gibt es bei uns (noch) nicht. Wie sich die Situation in naher Zukunft allerdings weiter entwickeln wird, vermag keiner voraussagen. Leider ist seit 2020 die Landesregierung nicht mehr bereit, Bundesmittel aus der Pauschale für Flüchtlings bezogene Zwecke an die Städte und Gemeinden weiterzuleiten. Diese Mittel fehlen hier schmerzhaft. Der Vorbericht vermerkt richtig, dass Integration vor Ort in den Städten und Gemeinden stattfindet. *Daher ist hier auch jeder Euro für Integration am effektivsten eingesetzt.* Wir fordern nachdrücklich, dass die uns zustehenden und dringend benötigten Haushaltsmittel in Gänze durchgereicht werden.

Das Durchforsten der Haushaltspläne der Stadt Borken war in den letzten Jahren zwar auch nicht vergnügungssteuerpflichtig, aber man nahm bei einem strukturell ausgeglichenen Haushalt das Zahlenwerk zur Kenntnis und handelte bei zusätzlichen Ausgabenwünschen und Anträgen mit Augenmaß, den mahnend drohenden Blick des Kämmers und der Bürgermeisterin wohl wahrnehmend. Bescheidenheit ist nunmehr angesagt. Die Auswirkungen des entfesselten Wirtschaftskriegs gegen die Europäische Gemeinschaft sind auch bei uns schmerzlich spürbar.

Heruntergebrochen auf das Münsterland, auf den Kreis und auf die Stadt Borken bedeutet das konkret: die auskömmlichen Jahre sind zunächst vorbei, die Zeit der „mageren Kühe“ ist gekommen. Der Spielraum, in der die Politik eigene Akzente durch Anträge setzen konnte, ist für das kommende Haushaltsjahr stark begrenzt. Die Stadt muss bei einem Haushaltsdefizit von knapp 4 Millionen Euro auf Rücklagen zurückgreifen. Dabei sind beim Fehlbetrag die nach dem Isolierungsgesetz „ausgelagerten“ Kosten nicht einmal eingerechnet.

Das binnen- und außenwirtschaftliche Umfeld ist belastet durch eine historisch hohe Inflation. Die Folgen des russischen Angriffskrieges für den Import und Export sind auch bei uns spürbar. Der Wirtschaftsklimaindex im Westmünsterland weist eine deutliche Abwärtstendenz auf. Dabei ist die Gewerbesteuer neben der Grundsteuer die wichtigste kommunale Einnahmequelle, bei der die Stadt ein Hebesatzrecht hat. Zurzeit ist das Ergebnis der Gewerbesteuereinnahmen noch außerordentlich zufriedenstellend und liegt 2022 mit 4 Millionen sogar weit über dem prognostizierten Wert von 32 Millionen. Allerdings sieht der Kämmerer auf Grund der aktuellen Lage das Risiko einer kommenden Rezession der Wirtschaft mit entsprechenden Folgen für die Stadt. Diese Steuereinnahmen belegen aber auch, in welchem Maße das heimische Handwerk und Gewerbe der Stadt finanziellen Spielraum sichert und zum Wohlstand unserer Kommune beiträgt. Aus diesem Grund wird die SPD auch zukünftig darauf drängen, dass Gewerbeflächen vorzugsweise nur an heimische Firmen vermarktet werden, damit die auf „unseren“ Flächen generierten Gewerbesteuereinnahmen dem städtischen Haushalt zufließen. Investoren, die ihren Steuersitz in einer anderen Stadt haben, dürfen nicht mit Verkäufen heimischer Gewerbeflächen belohnt werden.

Mit über 32 Millionen Euro beziffert der Haushaltsplan die Ausgaben für das städtische Personal. Die Aufgabenverdichtung, die erheblichen Investitionsvorhaben in den kommenden

Haushaltsjahren und die Unwägbarkeit der Auswirkungen des Ukrainekriegs auf kommunale Aufgabenzuwächse gebieten eine Flexibilität im Personalmanagement. Aus diesem Grund soll der Stellenpool auf nunmehr 15 Stellen erhöht werden. Dieser Personalerhöhung im Stellenpool, die zum größten Teil kostenneutral ist, stimmen wir ausdrücklich zu.

Wir drängen darauf, dass das Bauvorhaben der neuen Feuer- und Rettungswache absolute Priorität genießt und dass hierfür neben entsprechenden Finanzmitteln eine ausreichende Personalkapazität für die Planung und den Bau der Feuer- und Rettungswache zur Verfügung gestellt wird. Hierfür ist der Stellenpool hervorragend geeignet. Dies gilt auch für die Durchführung von Jugendprojekten (z.B. Biker Park, Streetball-Anlage), die eine viel zu lange Planungszeit haben und auf Grund zu geringer Personalkapazitäten in die Zukunft geschoben werden mussten.

Kaum ein Thema schlug im Jahr 2022 im Ausschuss für Planen und Bauen und im Rat so hohe Wellen, wie die geplante Erweiterung der Orchideenzucht von Anthura Arndt in Burlo. Was hat die Fraktionen der CDU, FDP und UWG da geritten, der Erweiterung des größten Energieverbrauchers in Borken ohne Bedenken zuzustimmen? Sie hätten das Vorhaben kritisch hinterfragen sollen. Aber im "Namen der freien Marktwirtschaft" wurde der Betriebserweiterung im Außenbereich gegen die Stimmen der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt. Verantwortungsvolle Klimapolitik sieht anders aus!

Die SPD hat ein Förderprogramm für den Kauf und Installation von Steckersolar-PV-Anlagen, die zur Einspeisung in das eigene private Hausnetz vorgesehen sind, beantragt. Das Fördervolumen sollte dabei auf 30.000 Euro begrenzt werden. Mit dieser Anschubfinanzierung hätten auch private Haushalte (Eigentümer oder Mieter) in Borken verstärkt einen Beitrag zur Energiewende durch den Einsatz von Solarenergie leisten können. Diesen Antrag haben CDU und FDP aber abgelehnt. Darum sollen sich die Bürgerinnen und Bürger selber kümmern – so die Sicht der Mehrheit im Rat. Chance verpasst!

Die Planung des Neubaugebietes „Wasserstiege“ stellt eine Herausforderung dar. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auf städtischen Grundstücken bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Die Wasserstiege darf nicht nur ein Baugebiet für Besserverdienende werden! Ökologie und Soziales zusammen denken - dieses Credo muss als Leitmotiv in die Planung eingehen.

Gegen den Mangel an Hausärzten muss auch die Stadt Borken Rezepte finden. Der Dr. Campus muss durch Finanzanreize, evtl. auch durch städtische Beteiligung an baulichen Investitionen nach Borken gelockt werden. Hier werden wir in sehr naher Zukunft haushälterisch reagieren müssen. Das Versorgungsproblem ist bereits jetzt vorhanden.

Positiv im Haushaltsentwurf ist u.a zu vermerken: die geringe Pro-Kopf-Verschuldung in Borken, die immer noch erheblichen finanziellen Rücklagen der Stadt, die Einwerbung von Drittmitteln im erheblichen Umfang, der hohe Anteil an freiwilligen finanziellen Zuwendungen an Dritte (Vereine, Verbände, Projekte).

Leider kann in einer Haushaltsrede nicht alles zur Sprache kommen. Vieles muss hier aus Zeitgründen ungesagt und unkommentiert bleiben: Der stetige Stellenzuwachs beim Kreis und beim Landschaftsverband, der über Umlagen auch von Borken mitfinanziert wird, die hohen Ausgaben für Soziales und Jugendhilfe, der Wegfall von Schlüsselzuweisungen, Aufgabenzuwächse bei der Stadt durch ansteigende Bürokratisierung von außen und und und... Der Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2023 benennt umfassend, in gut strukturierter und in verständlich lesbarer Form die finanzielle Lage unserer Stadt. Alle Vorhaben und finanziellen Prognosen für die kommenden Jahre sind nach dem heutigen Wissensstand nachvollziehbar abgebildet. Uns sollte allen klar sein, dass es dennoch in der Finanzplanung nichtkalkulierbare Risiken gibt. Wäre unser Stadt Borken ein Schiff, dann könnte man folgend Bild bemühen:

Die Barke „Borken“ ist in schwere See geraten, das Barometer fällt dramatisch. Die „Borken“ rollt von einer Seite auf die andere, aber sie geht dank der Deckmannschaft nicht unter.

Die SPD-Fraktion dankt allen Mitarbeitern der Stadt und der Stadtspitze, die an der Vorlage mitgearbeitet haben.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt zu.